

ZUR SACHE

Der «Putin»
des Klimawandels

Trotz Widerstands der australischen Gastgeber haben die Teilnehmer am G-20-Gipfel in Brisbane Tempo beim Klimaschutz gemacht.

Wladimir Putin war wegen seiner Ukraine-Politik der Aussenseiter unter der in Brisbane versammelten politischen Elite. Beim Klimagipfel im nächsten Jahr in Paris könnte diese Rolle dem australischen Premierminister Tony Abbott zufallen. Die Weichen für einen neuen Klimaschutzvertrag sind gestellt. Die USA und China haben sich letzte Woche unerwartet auf Emissionsreduktionen geeinigt, das Klima für Massnahmen gegen die globale Bedrohung änderte sich damit schlagartig. Und in Brisbane doppelte Barack Obama nach: Er sprach von seiner Liebe zum sterbenden Barrier-Riff, von Bränden und Überflutungen und davon, dass jedes Land seinen Beitrag zum Kampf gegen Klimawandel leisten müsse.

Die Rede war ein Schlag ins Gesicht des Gastgeberlandes Australien, eines der grössten Klimasünder der Welt. Das Land ist pro Kopf einer der bedeutendsten Emittenten von Klimagasen und trägt als weltgrösster Exporteur von Kohle indirekt massgeblich zur Erwärmung bei. Obamas Kritik galt vor allem Abbott, einem bekennenden Klimawandelskeptiker, einem Mann, der Klimawandelwissenschaften als «Scheisse» bezeichnet hatte. Eben schaffte er ein Klimaschutzgesetz wieder ab. Der Gewinner solchen Wahnsinns ist die Kohleindustrie. In Abbott hat sie den perfekten Statthalter. Seine Behauptung in Brisbane, Australien habe «schon immer an Klimawandel geglaubt», ist so lächerlich und unglaubwürdig wie die farbmanipulierten Bilder von Fischen und Korallen in den Hochglanzbrochüren, mit denen Australien in Brisbane ausländische Journalisten davon überzeugen wollte, es sei doch alles gut mit dem Barrier-Riff.

Urs Wälterlin
ausland@tagblatt.ch

PRESSESCHAU

Die Schweiz gewinnt gegen Litauen 4:0.

NZZamSonntag An diesem rauschenden Samstagabend stellte sich das ein, was man sich nach der Ära Ottmar Hitzfeld versprochen hatte: eine Partie, die das Vertrauen in den neuen Coach Vladimir Petkovic rechtfertigte, in seine Ambitionen von einem offensiven und dominanten Fussball, in seine Selbstsicherheit, die er auch aufs Team zu übertragen versucht. Es ist ein neues Naturell, das Petkovic den Schweizer Fussballern eingehaucht hat: Fussball muss für ihn zwingend ansehnlich sein. Lust wolle er bei seiner Equipe ausmachen, sagte er vor dieser Begegnung mit Litauen.

Sonntagszeitung Als das 1:0 endlich gefallen war, als diese gelbe litauische Abwehrmauer durchbrochen war, da war leicht vorstellbar, welch hoher Sieg möglich gewesen wäre, wenn die Schweizer nicht so lange die Schwäche von den Parteien gegen England und in Slowenien mitgetragen hätten. Sie haben die Aufgabe so erledigt, dass sich die Frage stellt: Ist es wirklich möglich, dass sie in dieser Qualifikationsgruppe scheitern und nicht einen der ersten beiden Plätze belegen? Und die Antwort? Eigentlich nicht.

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien: Jürg Weber

Chefredaktion: Philipp Landmark (Chefredaktor); Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor; Leitung Ostschweiz am Sonntag); Bruno Scheible (stv. Chefredaktor; Regionalleiter); Jürg Ackermann (Blattmacher); Sarah Gerteis (Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David Angst (Leitung Thurgauer Zeitung); Daniel Wirth (dwi, Leitung St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer (Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG, Fürstenlandstrasse 122
Postfach 2362, 9001 St. Gallen. Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Verlag: Christine Bolt

Verbreitete Auflage: WEMF 2014 128569 Ex.

Inserate: Publicitas AG, Fürstenlandstrasse 122, 9001 St. Gallen. Tel. 071 221 00 21, Fax 071 221 03 30
www.publicitas.ch – E-Mail: tagblatt@publicitas.ch
Urs Bucher, Leitung Werbemarkt



Unterschiedliche Ansichten zum Klimaschutz: US-Präsident Barack Obama und Australiens Premierminister Tony Abbott am Sonntag in Brisbane.

Weltkonjunktur ankurbeln

Der G-20-Gipfel in Australien endete am Sonntag ohne grosse Überraschungen. Das globale Wirtschaftswachstum soll bis ins Jahr 2018 um 2,1 Prozent gesteigert werden.

URS WÄLTERLIN/BRISBANE

Der anhaltende Konflikt in der Ukraine überschattete das Treffen in Brisbane. Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin schlug von verschiedenen Premierministern und Präsidenten heftige Kritik an der Rolle Russlands entgegen. Zuerst auf der Traktandenliste standen aber das globale Wachstum der Wirtschaft und die Bekämpfung von Steuerflucht und Gewinnverschiebung durch internationale Konzerne.

Wie die Staats- und Regierungschefs am Sonntag in einem Abschlusscommuniqué erklärten, sollen in den kommenden fünf Jahren mit über 800 verschiedenen Reformmassnahmen ein zusätzliches Wachstum des internationalen

Bruttoinlandsproduktes von mehr als zwei Billionen Dollar (1,6 Billionen Euro) erreicht und Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut dem australischen Premierminister Tony Abbott, dem Gastgeber der Konferenz, soll der Bau von Infrastrukturanlagen beim erhofften Aufschwung eine wesentliche Rolle spielen.

Für mehr erwerbstätige Frauen

Der Internationale Währungsfonds werde die Massnahmen der einzelnen G-20-Staaten regelmässig bewerten und die Ergebnisse an G-20 weiterleiten, sagte IWF-Chefin Christine Lagarde. Sie begrüsst Pläne, nach denen bis zu 100 Millionen Frauen der Einstieg in die bezahlte Berufstätigkeit ermöglicht werden soll.

Die G-20-Länder wollen auch künftig verhindern, dass global tätige Firmen Steuerflucht begehen. Unternehmen wie Google und Amazon wurde jüngst vorgeworfen, Gewinne intern von einem Land ins andere zu transferieren, sie dadurch künstlich zu reduzieren und im Land mit dem niedrigsten Steuersatz zu versteuern. In Zukunft sollen Unternehmen Gewinne im Land versteuern müssen, in dem sie erzielt wurden, so die Einigung im Schlusspapier.

Eine überraschend prominente Stellung nahm am Gipfel das Thema Klimawandel ein, nachdem der Gastgeber Australien im Vorfeld versucht hatte, es von der Traktandenliste zu verbannen. Premierminister Tony Abbott hatte während der Konferenz gesagt, Australien werde an seiner

Rolle als führender Exporteur von Kohle festhalten.

Obama kritisiert Australien

In seiner Rede vor Studenten in Brisbane griff der amerikanische Präsident Barack Obama die klimaskeptische Haltung der Abbott-Regierung indirekt an. Jedes Land habe die Verantwortung, seinen Teil beizutragen, sagte Obama vor dem Hintergrund der Weigerung Australiens, glaubwürdige Massnahmen zum Schutz des Klimas einzuführen.

Vergangene Woche hatten sich China und die Vereinigten Staaten überraschend auf Emissionsziele geeinigt. In der Schlusserklärung in Brisbane blieb es dann allerdings bei relativ unverbindlichen Formulierungen.

PODIUM

Die reale Welt des Klimawandels

Markus Schär bemängelte in seinem Artikel «Die Klimaforschung lässt keinen Platz für Zweifler» vom 12. November die Einseitigkeit Thomas Stockers und des Weltklimarates IPCC zugunsten des anthropogenen Klimawandels. Schärs Argumentation vermischt sozial- und naturwissenschaftliche Grundsätze, missinterpretiert die Rolle beratender Wissenschaftler, und übersieht dabei eine Realität, welche die Lebensgrundlage vieler Pazifikinsulaner bereits jetzt herausfordert.

Karl Poppers Idee, dass Wahrheiten nicht immerwährend, sondern immer nur vorläufig sind, wurde spezifisch für die Sozialwissenschaft formuliert. Die Naturwissenschaft kommuniziert ihre Erkenntnisse als Fakten.

Zwischen Wissenschaft und Politik

Im letzten Bericht des Weltklimarates wurde kommuniziert, dass der Klimawandel mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent menschengemacht ist. Das IPCC betreibt keine aktive Forschung zum Klimawandel, vielmehr ist es seine Aufgabe, Daten und Forschungsergebnisse weltumfassend zu sammeln, um so für ein globales Phänomen international greifende Lösungen auf politischer

Ebene zu ermöglichen. Die vom Weltklimarat angestellten Wissenschaftler – nicht Forscher – bewegen sich also auf einem schmalen Grat zwischen Wissenschaft und Politik. Schär stellt an Stocker die Erwartungshaltung eines neutralen Wissenschaftlers und übersieht dabei, dass eine ausgeglichene Pro-/Contra-Erörterung nicht Gegenstand politischer Beratungen ist. Vielmehr wird das (gemäss Popper) gegenwärtig plausibelste Ergebnis Poli-

Der Klimawandel ist im Südpazifik nicht Theorie oder Populismus.

kern vorgestellt, um auf dieser Grundlage Handlungsmöglichkeiten auf politischem Boden zu diskutieren.

Schär würde sich über ein Gespräch mit Stocker zum Thema Wissenschaft und Politik freuen. Junge Insulanerinnen und Insulaner der University of the South Pacific (USP) würden sich freuen, Schär auf Fidschi zu begrüßen, wo I-Kiribati, Tuvalu und Angehörige anderer

kleiner Inselstaaten an der regionalen Universität über Theorien zum Klimawandel unterrichtet werden. Schär würde wohl auch hier die Konsenswissenschaft anprangern, jedoch bald bemerken, dass diese Kritik aus lokaler Sicht von zweitrangiger Bedeutung ist.

Bittere Realität

Der Klimawandel ist im Südpazifik nicht Theorie oder pazifisch-ozeanischer Populismus, sondern bittere Realität. Ein Beispiel: Der Pazifische Ozean macht den Inselstaat Kiribati zunehmend zu Meeressboden. Die Lebensgrundlage der Einwohner wird jedoch bereits davor erheblich dezimiert. Der steigende Salzgehalt im Boden erschwert die nachhaltige Wasserversorgung und den Anbau traditioneller Nahrungspflanzen. Als eine vieler Anpassungsstrategien hat Kiribatis Präsident Anote Tong dem südlich gelegenen Fidschi 20 Quadratkilometer Land abgekauft. Wozu der Boden genutzt werden soll, ist noch nicht definitiv entschieden. Am wahrscheinlichsten ist, dass auf dem fidschianischen Land Nahrungspflanzen angebaut und nach Kiribati gebracht werden, um der dortigen Nahrungsmittelknappheit entgegen-

zuwirken. Ebenso wird das Grundstück als potenziell neue Heimat der I-Kiribati betrachtet.

Viele junge I-Kiribati leben bereits temporär in Fidschis Hauptstadt Suva. In zunehmender Anzahl studieren sie am Hauptcampus der University of the South Pacific, um sich für die Zukunft zu rüsten. Um dies zu ermöglichen, steht der Klimawandel zuoberst auf der Agenda der Universität des Südpazifiks, welche ihre Studiengänge auf die Bedürfnisse der Region abstimmt. Es sind dies nicht Bedürfnisse nach theoretischen Debatten, sondern praktisches Wissen, welches hilft, dringende Lösungen in der realen Welt des Klimawandels zu finden.



Kim Andreas Kessler
Lehrassistent für Geographie an der University of the South Pacific (USP) in Suva, Fidschi

Bilaterale bringen im Jahr bis zu 17 Milliarden

BERN. Die Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU bringen der Schweiz jedes Jahr 5,5 bis 17 Milliarden Franken ein. Das sagte der Leiter Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Eric Scheidegger, der «Schweiz am Sonntag».

Daneben hat das Seco das Wirtschaftswachstum der Schweiz im Vergleich zu anderen Industrieländern seit 1980 untersucht. Aus diesem Vergleich lassen sich Schlüsse auf den Einfluss der Bilateralen auf das Wachstum ziehen. Dabei zeigte sich, dass die Schweiz in den Krisenjahren im Zeitraum zwischen 2007 und 2012 gegenüber den USA, Grossbritannien, Japan, der Eurozone, Deutschland und Frankreich besser abschnitt. Die Schweiz erreichte in dem schwierigen Umfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Krise wegen des starken Frankens ein durchschnittliches Wachstum von 1,7 Prozent. Sie stand damit auf der Wachstumsrangliste der Vergleichsländer auf Platz eins.

In den Boomjahren vor der Krise ab 2002 lag das Schweizer Wachstum im Schnitt bei 1,8 Prozent Wachstum, wie Scheidegger weiter erklärte. Im Juni 2002 traten die Bilateralen I in Kraft. Zuvor habe die Schweiz – in den Jahren zwischen 1981 und 2001 – beim Wachstum im Ländervergleich stets das Schlusslicht gebildet. (sda)

Politik trauert um This Jenny

BERN. Der ehemalige Glarner SVP-Ständerat This Jenny ist tot. Er schied am Samstag im Alter von 62 Jahren mit Unterstützung der Sterbehilfeorganisation Exit aus dem Leben. Jenny hatte im Februar 2014 seine politische Karriere wegen der Erkrankung beendet. Zuvor hatte der Bauunternehmer, der sich aus bescheidenen Verhältnissen heraufgearbeitet hatte, den Stand Glarus während eineinhalb Jahrzehnten im Ständerat vertreten. Jenny sei eine sehr markante, starke Persönlichkeit gewesen, sagte SVP-Präsident Toni Brunner. Er sei «durch und durch» ein Unternehmer gewesen, in seinem Handeln sehr konsequent. Jenny habe grossen Wert auf Selbstbestimmung gelegt. «So hat er uns jetzt auch verlassen.» Die Trauerfeier findet am Freitag in Glarus statt. (sda)

Jungsession geht zu Ende

BERN. Während vier Tagen haben 200 Jugendliche aus der ganzen Schweiz im Bundeshaus debattiert. Zum Abschluss verabschiedete das Plenum der Eidgenössischen Jungsession mehrere Forderungen. So möchten die Jungpolitiker etwa dem Rassismus entgegenzutreten, und zwar mit einer Bildungsoffensive: Als fester Bestandteil des Lehrplanes solle er behandelt werden. Die Jungpolitiker beschäftigten sich auch mit dem Verhältnis der Schweiz zur EU. An den Bilateralen sollte in ihren Augen festgehalten werden. Die Jugendlichen verlangen zudem eine «bessere Verteilung von Flüchtlingen auf alle Dublin-Staaten». Ihre Petitionen übergaben sie an Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger. Sie werden im Parlament behandelt. (sda)

Der unverkäufliche Notgroschen

Die Gold-Initiative ist ein Misstrauensvotum gegen die Nationalbank. Statt sie in Fesseln zu legen, lohnt es sich, über bessere Kontrollmechanismen nachzudenken. Von **Marina Winder**

Die Initianten der Gold-Initiative stellen drei Forderungen: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll stets 20 Prozent ihres Vermögens in Gold halten. Das Gold soll vollumfänglich in der Schweiz lagern und darf nicht mehr verkauft werden.

Zur ersten Forderung: Der Goldanteil an den Währungsreserven der SNB beträgt zurzeit aufgerundet acht Prozent. Bei einer Annahme der Initiative müsste sie also noch einmal mehr als das Doppelte an Gold hinzukaufen, um die geforderten 20 Prozent zu erreichen. Schwerer wiegt aber etwas anderes: Die SNB müsste fortan immer den Goldbestand erhöhen, wenn sie die Frankenmenge erweitern will. Welche Folgen das haben kann, lässt sich am besten anhand der Eurokrise im Jahr 2011 veranschaulichen. Als der Euro immer schwächer und der Franken immer stärker wurde, explodierten die Preise der Exportwirtschaft. Quasi über Nacht verteuerten sich ihre Produkte auf den ausländischen Märkten massiv. Die SNB entschied deshalb, eine Untergrenze für den Eurokurs einzuführen. Die Durchsetzung dieser Untergrenze gestaltete sich als veritabler Kraftakt. Die Nationalbank kaufte solange Euro ein, bis der Mindestkurs auch vom letzten Spekulanten akzeptiert wurde. Die Taktik der SNB ging auf, die Schweiz kam relativ gut durch die Finanzkrise. Das war nur möglich, weil die SNB in unbegrenztem Mass Frankenbeträge schaffen konnte. Mit Annahme der Gold-Initiative müsste sie im gleichen Zug auch den Goldbestand erhöhen. Diese Goldkäufe wären Experten zufolge jedes Mal ein Signal an

Die Goldkäufe wären Experten zufolge jedes Mal ein Signal an die Spekulanten.

die Spekulanten. Sie könnten daraus schliessen, dass die SNB Franken «druckt». Die Gold-Initiative hat diese Spekulanten denn auch bereits in einen regelrechten Goldrausch versetzt. Die goldigen Aussichten vor Augen lassen sie grosszügig Geld in den Abstimmungskampf investieren.

Die an sich gelungene Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank während der Finanzkrise hat aber auch einen Haken: die aufgeblähte Bilanz. Die Bank sitzt jetzt auf 500 Milliarden fest, die sie bisher nicht abbauen konnte. Die SNB verspricht zwar, die Bilanz demnächst wieder zu kürzen. Im Moment seien aber

die Risiken zu gross, erklärte Thomas Jordan, Direktor der SNB auf seiner aussergewöhnlichen Abstimmungstournee. Die Angst, die aufgeblähte Bilanz könnte eine Abwertung des Frankens zur Folge haben, ist Wasser auf die Mühlen der Initianten. Allerdings ist die bis jetzt nicht eingetretene Befürchtung lange nicht Grund genug, die Nationalbank geldpolitisch handlungsunfähig zu machen. Schliesslich ist es ihre wichtigste Aufgabe, die Preisstabilität im Land zu sichern. Dafür muss sie flexibel sein.

Zur Forderung der Initianten nach der Lagerung des Goldes im Inland: Zurzeit liegen 30 Prozent in England und Kanada. Diese geographische Diversifikation der Goldbestände wird allgemein als wichtig erachtet, weil die SNB so im Krisenfall auf verschiedenen Goldhandelsplätzen an den Markt gehen kann. Auch andere Länder haben ihr Gold verteilt und zum Teil auch in der Schweiz gelagert.

Zum Verkaufsverbot: Das Gold, das die Nationalbank einmal anschafft, soll sie nicht mehr verkaufen dürfen. Diese Forderung dürfte unter anderem auch eine Folge ihrer Goldverkäufe in den Nullerjahren sein. Ihr wird vorgeworfen, das Metall damals zu einem zu tiefen Preis verschertelt zu haben. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es damals einen politischen Konsens über den Verkauf gab. Bund und Kantone profitierten von dem Erlös. Der Kaufzwang einerseits

und das Verkaufsverbot andererseits sind zu viel des politischen Eingriffs in die Geschichte der SNB. Und was nützt ein Notgroschen, als den die Initianten das Schweizer Gold bewerben, wenn er in der Not nicht zu Geld gemacht werden darf? Auch viele grundsätzliche Befürworter halten diesen Teil der Initiative für unsinnig. Mitinitiant und Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG) hält zwar dagegen, dass «unverkäuflich» einzig und alleine heisse, dass über einen Realverkauf das

Auch viele Befürworter halten das Verkaufsverbot für unsinnig.

Volk als Besitzer des Volksvermögens entscheiden könnte. Das ändert nichts daran, dass die Nationalbank unnötigerweise in Ketten gelegt würde. Und gerade in Notsituationen müsste erst der umständliche Weg über eine Initiative gegangen werden, um das Volk zu einem Goldverkauf befragen zu können.

Die Forderungen der Initianten entspringen letztlich einem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis. Man könnte auch sagen, sie lassen sich von der Angst treiben. Von der Angst, die Nationalbank habe zu viel Macht, agiere hinter verschlossenen Tresortüren und könne nicht ausreichend kontrolliert werden. In der Regel ist Angst ein schlechter Ratgeber. Weit überzeugender ist der Vorschlag des Ökonomen Rudolf Strahm: Die Politik darf der Schweizerischen Nationalbank nicht in ihr Werk pfuschen. Um dennoch ein gewisses Mehr an Kontrolle zu erhalten, soll diese aber einer ausführlicheren nachträglichen Rechenschaftspflicht unterstellt werden. Die Forderung ist goldrichtig. Damit dürften auch die Gold-Initianten wieder ruhig schlafen können.

marina.winder@tagblatt.ch

30. November 
ABSTIMMUNG
Gold-Initiative

Vorlage: Die Gold-Initiative verlangt, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Gold hält, das Gold in der Schweiz lagert und nicht mehr verkaufen darf.

Befürworter: SVP-Jungparteien und abweichende SVP-Kantonalparteien.

Gegner: Alle anderen.

Die Linke im Vorteil

Eine Studie zeigt: Schweizer Wähler mit ausländischen Wurzeln ziehen die Linke vor. Bei den Nationalratswahlen wählten 24 Prozent der Wähler mit einem Migrationshintergrund die SP. Auf dem zweiten Platz landete aber bereits die SVP.

BERN. Hätten nur Schweizerinnen und Schweizer mit ausländischen Wurzeln gewählt, hätte die SP die Nationalratswahlen im Oktober 2011 gewonnen, wie eine Studie des Schweizer Politologen Oliver Strijbis zeigt. Diese erscheint in der nächsten Ausgabe der «Swiss Political Science Review» und wurde vorab von der «Schweiz am Sonntag» publik gemacht. Tatsächlich landeten die Sozialdemokraten bei den Nationalratswahlen 2011 aber mit einem Wähleranteil von 18,7 Prozent auf dem zweiten Platz. Dabei erreichte die SP bei den Schweizern ohne Migrationshintergrund einen Wähleranteil von 17 Prozent.

Stärkste Partei bei den Wahlen wurde die SVP mit einem Wähleranteil von 26,6 Prozent. Dies verdankt die Partei vor allem den 28 Prozent Schweizern ohne Migrationshintergrund, die die Volkspartei wählten. Bei jenen mit Migrationshintergrund wählten nur 22 Prozent die SVP. Besonders tief war der Anteil bei Wählern, bei denen Vater und Mutter Einwanderer waren.

Der rechte Secondo: Ein Mythos

Damit entkräftet die Studie das weit verbreitete Vorurteil, dass Schweizer mit Migrationshintergrund rechter wählen würden als der Rest. «Das ist ein Mythos», sagte Studienautor Strijbis der «Schweiz am Sonntag». Insgesamt wählten die Schweizer mit ausländischen Wurzeln aber im Vergleich mit anderen Ländern Europas weniger links. Das habe mit den hohen Hürden für den Schweizer Pass zu tun. «Den Pass erhalten jene, die sich kulturell wenig von den Schweizern ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Sie wählen entsprechend auch ähnlich.»



Rund ein Fünftel der Wähler in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund.

Bild: ky/Peter Klauzner

den. Sie wählen entsprechend auch ähnlich.»

Rund ein Fünftel der Wählerinnen und Wähler in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. In der Studie wurde sowohl die erste als auch die zweite Generation untersucht. Dabei stellt sich heraus, dass es nur leichte Verschiebungen gibt zwischen den eingebür-

gerten Eltern und ihren Nachkommen, den Secondos.

Herkunft spielt grosse Rolle

Auch spielten Einkommen und Ausbildung beim Wahlverhalten eine Rolle. Je höher die Ausbildung, desto eher war eine Tendenz hin zu Mitteparteien festzustellen und nicht, wie bei Wählern ohne Migrationshinter-

grund, eher hin zu Linksparteien. Gemäss der Studie spielt beim Wahlverhalten aber eine weit wichtigere Rolle, woher die Secondos oder ihre Eltern ursprünglich kamen. Am höchsten ist der Anteil SP-Wähler bei jenen, die sich aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert fühlen oder deren Volksgruppe Ziel von ausländerfeindlichen Kampagnen

wurde. Dazu gehörten Menschen mit Wurzeln in der Türkei, den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, aus moslemischen Ländern sowie Schwarzafrikaner. Hier hat die SP den grössten Zuspruch, weil diese Menschen die Partei als jene erkennen, die die Rechte und Interessen von Einwanderern verteidigt.

Auch ehemalige Gastarbeiter aus Südeuropa und ihre Kinder wählen eher links als ein «Urschweizer», allerdings weniger häufig als die erste Gruppe. Obwohl die Länder, aus denen die ehemaligen Gastarbeiter stammen – Italien, Spanien, Portugal – katholisch und christdemokratisch geprägt sind, kann in der Schweiz die CVP davon gemäss Studie nicht profitieren.

Antikommunistischer Reflex

Menschen mit Wurzeln in Staaten des ehemaligen Ostblocks wiederum wählen mehrheitlich bürgerlich bis rechts. Dies gilt vor allem, wenn sie oder ihre Eltern vor dem Fall der Mauer 1989 zum Beispiel aus den kommunistischen Staaten Tschechien, der Slowakei, Ungarn oder Polen eingewandert sind. Aus «antikommunistischen Gefühlen» misstrauten sie auch sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa, schreibt Strijbis in seinem Artikel.

Bei den anderen Parteien waren die Unterschiede bei den Wähleranteilen weniger stark als bei SP und SVP. Bei der FDP war der Wähleranteil bei beiden Gruppen etwa gleich. Die CVP und vor allem die BDP lagen höher in der Gunst der Schweizer ohne Migrationshintergrund als bei jenen mit. Umgekehrt war das Verhältnis bei den Grünen und der GLP. (sda)